Betreff: Änderung der Hauptsatzung und Abschaffung der Ortschaftsverfassung

Am 25.01.2021 wurde ein Schreiben der Gemeinde verfasst, das die rechtlichen Grundlagen und die historischen Entwicklungen, welche zur Bildung der Ortschaftsräte führte, aufgezeigt. Es wird in dem Dokument in Frage gestellt, ob eine Ortschaftsverfassung noch zeitgemäß ist und mit folgenden Punkten beschrieben, welche hier in roter Farbe kommentiert werden:

- *Der Integrationsprozess ist abgeschlossen* -> Dieser Punkt kann bzgl. der Verwaltungsprozesse bestätigt werden. Jedoch wird vorab der Grund für die Einführung der Ortschaftsverfassung angegeben wie folgt: „[...] *in Gemeinden mit räumlich getrennten Ortsteilen eine Ortschaftsverfassung einzuführen mit der Möglichkeit, eigene Belange stärker zu berücksichtigen und selbstverantwortlich regeln zu können.*“ Die Begründung der Integration hat hiermit wenig zu tun. Vielmehr bestehen weiterhin Belange, die nur die einzelnen Ortsteile betreffen, welche im entsprechend zuständigen Ortschaftsrats-Gremium effizient und ressourcenschonend abgearbeitet werden könnten.
- *„Die Ortschaftsverfassung erschwert möglicherweise eine bessere Integration“* Dieser Absatz irritiert, da gerade ein Punkt zuvor auf den abgeschlossenen Integrationsprozess verwiesen wird.
- *„Der Gemeinderat und die Verwaltung machen keinerlei Unterschiede zwischen den Ortsteilen“* Dem ist nichts entgegenzusetzen, wenngleich auch dies nicht der subjektiven Wahrnehmung der Bürgerschaft entspricht. Zum Beispiel: Weihnachtsbeleuchtung, Ortsmittegestaltung, Verkehrsanbindung, Verkehrslenkungen
- *„[...] die Ortschaftsverfassung ist nicht ausschlaggebend für die Mitwirkungsbereitschaft der Bürger*innen“*-> Spannende These, welche bisher nicht belegt wurde. Es fällt auch schwer solch eine Aussage belegbar zu machen.
- *„Bürger*innen wenden sich mit ihren Anliegen vermehrt direkt an die Gemeinderät*innen, die Bürgermeisterin oder an die Verwaltung.“* -> Bisher wurde ich in meiner Funktion als Ortschaftsratsrat nicht befragt, wie viele Anliegen an mich herangetragen wurden. Ebenfalls ist mir auch kein Tracking/Erhebung dieser Anfragen auf Ebene Verwaltung, Bürgermeisterin oder Gemeinderät*innen bekannt. M. E. ist dieser Punkt daher ohne jegliche Evaluierung aus der Luft gegriffen.
- *„Der Verwaltungsaufwand, die Kosten und das Ziel, die Gemeindereform zum Abschluss zu bringen, sprechen gegen die Ortschaftsverfassung.“* -> Eine Behandlung von Themen, die nur einzelne Gemeindeteile betreffen, innerhalb des Ortschaftsrats zu besprechen, bedeutet Themen in einem kleinen Kreis schnell und effizient abarbeiten zu können. Durch die Begrenzung des Gremiums auf 6 Personen sind kürzere Diskussionen zu erwarten. Außerdem können die Ortschaftsrats-Gremien sich gezielt auf die Aspekte konzentrieren, die den Ort betreffen und mutmaßliche parteipolitische Probleme eher außen vor lassen. Dies entspricht im Übrigen auch den politischen Grundwerten auf denen die Bundesrepublik Deutschland aufgebaut ist, nämlich dem Föderalismus.
- *„Die Kompetenzen und Möglichkeiten der Ortschaftsräte sind beschränkt...“* -> Dies ist korrekt, es ist frustrierend und wenig zielführend durch beschränkte Entscheidungsbefugnisse leider den Erwartungen der Bürger nicht gerecht werden zu können. Problem ist hierbei aber vor allem, dass nicht einmal die heute zustehenden Kompetenzen durch die Verwaltung erfüllt werden. Auch einstimmige Beschlüsse werden von Verwaltungsseite teilweise ignoriert. Aus diesem Grund kann es auch kein „weiter so“ geben. Es gibt meines Erachtens nur zwei Wege:

Entweder wird die Abschaffung der Ortschaftsverfassung veranlasst oder es erfolgt die Stärkung der Kompetenzen der Ortschaftsverfassung.

- **„In den Jahren 2018 bis 2020 fanden in allen Ortsteilen im Durchschnitt lediglich vier Sitzungen der Ortschaftsräte pro Jahr statt.“** -> Es scheint, also ob der Eindruck erweckt werden soll, dass die Anzahl der Sitzungen etwas über die Qualität des dort Besprochenen und Beschlossenen aussagt. Ausgeklammert wird hier auch die pandemische Situation, die zu Beginn 2020 auch Deutschland erreicht hatte.
- **„Die Ortschaftsverfassung fördert ein Ortsteildenken...“** -> Woher stammt diese Aussage - wurden hierzu Studien/Umfragen durchgeführt oder Ähnliches? Ebenso könnte man behaupten, dass Gemeinderät*innen in den Gemeinderatssitzungen die Belange des Heimatortes über die Belange der Gemeinde stellen würde, was ebenfalls Nonsens wäre.
- **„Es ist nicht geringschätzig gemeint, wenn darauf verwiesen wird, dass drei von vier Ortsvorstehern quasi das Rentenalter erreicht haben und möglicherweise bei den nächsten Kommunalwahlen nicht mehr zur Verfügung stehen.“** -> Es ist auch nicht geringschätzig meinerseits gemeint, wenn ich als Beispiel unseren Kleinsteinbacher Ortschaftsrat heranziehe, welcher aus 3 Gemeinderät*innen besteht mit einem Durchschnittsalter von 64 Jahren und 3 Ortschaftsamt*innen mit einem Durchschnittsalter von 42 Jahren. Hier möchte ich anmerken, dass eben diese 3 Ortschaftsrät*innen „Einsteiger“ im politischen Zusammenspiel sind und über das niederschwellige Angebot des Ortschaftsrats ihre ersten Erfahrungen sammeln konnten. Durch die Abschaffung der Ortschaftsverfassung würde es neuen Gesichtern auf der kommunalpolitischen Ebene noch mehr erschwert werden Fuß zu fassen.

All die aufgeführten Punkte aus dem Schreiben der Gemeinde vom 25.01.21 umschreiben Situationen aus einem subjektiven Standpunkt heraus - Zahlen, Daten, Fakten bleiben die Verfasser schuldig. Auf Basis dieses Dokumentes, welches an die Ortschaftsräte verteilt wurde, gab es keine einheitliche Entscheidung aus den Ortschaftsrats-Gremien heraus, die die Aufhebung der Ortschaftsverfassung tragen würde und auch die Kommune legte das Vorhaben wieder bei Seite. Im März 2022 griff der Ältestenrat das Thema erneut auf und empfahl die Selbstaufhebung der Ortschaftsräte. Das Traurige an der Angelegenheit ist, dass zu diesem Thema keine offene Diskussion stattfand bzw. stattfindet. Dies ist wohl der Befürchtung geschuldet, dass es keine stichhaltigen Argumente für die Abschaffung des Ortschaftsrates gibt, wenn man die finanziellen Einsparungen außen vorlässt. Dies ist aber laut Anmerkung des Dokumentes auch so gewünscht: **„Aus Sicht der Verwaltung ist die Abschaffung der Ortschaftsverfassung eine rein politische Entscheidung, die Kosten sollten kein entscheidendes Argument sein, zumal die Differenz bei Annahme der aufgezeigten optimalen Nachfolgelösung marginal ist.“**

Es bleibt somit abschließend zusammenzufassen, dass – sofern sich an den Zuständigkeiten und der Ernsthaftigkeit, mit der sich die Verwaltung den Themen der Ortschaftsräte annimmt, nichts ändert – es so nicht weitergehen darf. Eine ernsthafte Befassung mit dem Ortschaftsrats-Gremium und Optimierung bzw. Erweiterung der Kompetenzen würde auch der Arbeitsbelastung der amtierenden Gemeinderät*innen zugutekommen, welche - teils öffentlich - über das enorme Arbeitsvolumen klagen. Die Ortschaftsrät*innen sind mit Sicherheit für einen gemeinsamen Weg offen und gesprächsbereit.

Geschrieben von Christian Roßwag christianrosswag@gmx.de